

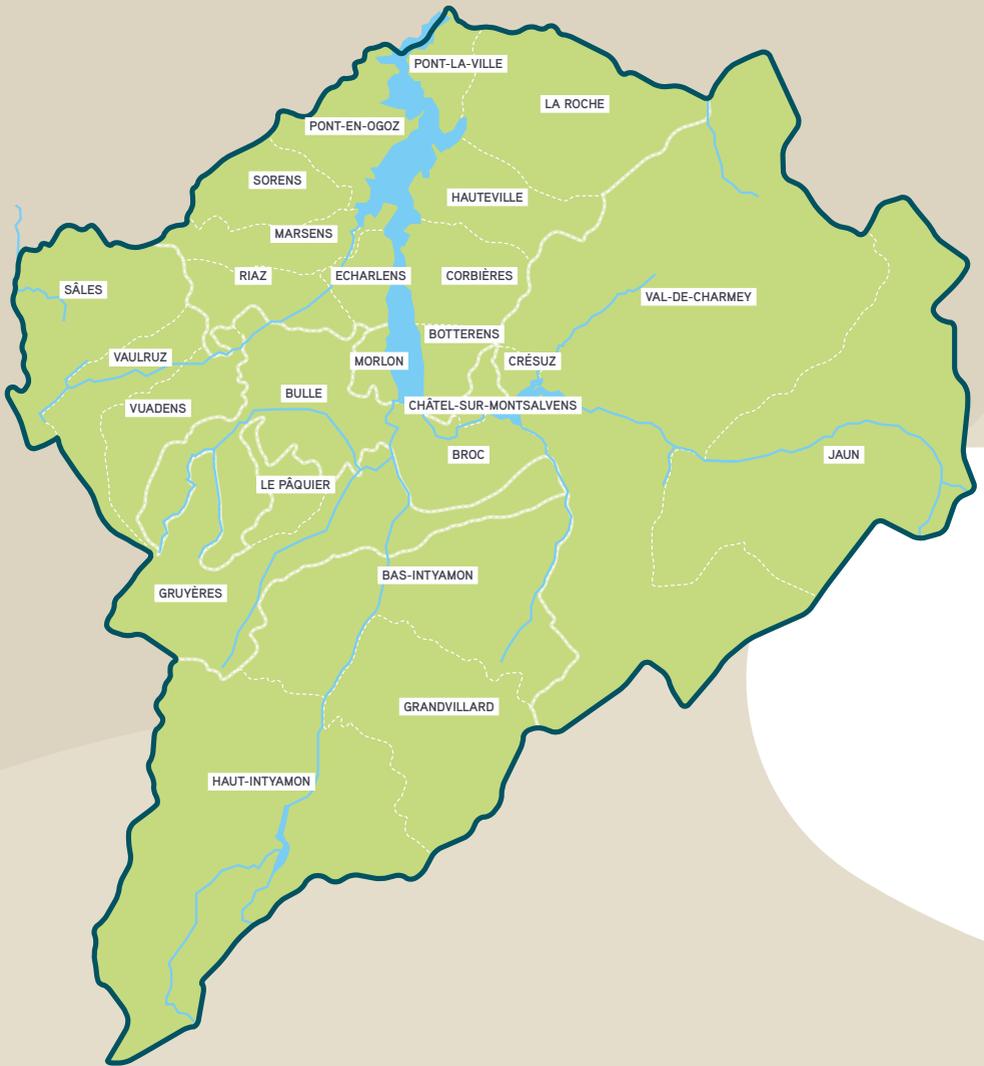
«DAS GREYERZERLAND
WEITERDENKEN»



Konsultative Volksabstimmung
Fortsetzung der Arbeiten im
Hinblick auf eine Einheitsgemeinde
im Greyerzerland

9. Juni 2024

www.regiongruyere.ch/votation



Association Régionale la Gruyère ARG
Rue de la Condémine 56 | 1630 Bulle
026 919 87 47 | info@regiongruyere.ch
www.regiongruyere.ch



Gemeinden sind herausgefordert

Seit 1848 ist die föderalistische Schweiz auf drei Ebenen organisiert: Gemeinden, Kantone und Bund. Die Gemeinden als Grundpfeiler des Systems sind aktuell herausgefordert. Sie müssen mehr Aufgaben übernehmen und Leistungen finanzieren sowie immer mehr und komplexere gesetzliche Anforderungen erfüllen.

Die Gründung von Gemeindeverbänden war in den vergangenen fünfzig Jahren ein Lösungsansatz, der im Greyerzerland und anderswo angewendet wurde. Dank diesen Strukturen konnte man den Bedürfnissen gerecht werden. Es entstand aber auch eine neue Ebene zwischen Gemeinden und Kanton, welche die Gemeindeautonomie einschränkt.

Die Gemeinden haben heute auf diese Aufgaben keinen direkten Einfluss mehr und entfernen sich so bei einem erheblichen Teil ihres Budgets vom Prinzip «Wer zahlt, befiehlt». In diesem Zusammenhang entstand die Idee der Einheitsgemeinde.

Die Fragestellung

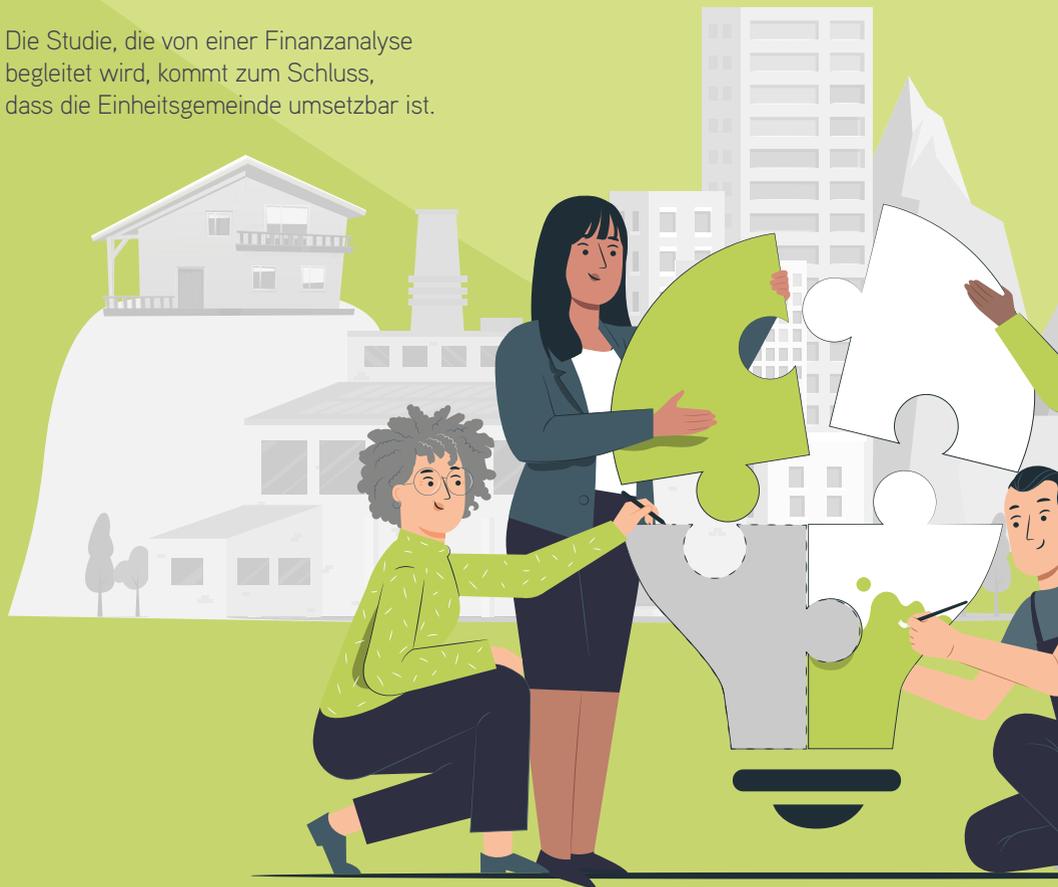
2017 gründete der Oberamtmann des Greyerzbezirks eine Regionalkonferenz, die alle 25 Gemeinden des Bezirks vereint. Der Lenkungsausschuss setzt sich aus den 25 Syndics/Syndiques des Bezirks zusammen. Der Lenkungsausschuss gab der «Association Régionale la Gruyère» (ARG) den Auftrag zu einer Studie über die Gründung einer Einheitsgemeinde im Greyerzerland.

Die Studie, die von einer Finanzanalyse begleitet wird, kommt zum Schluss, dass die Einheitsgemeinde umsetzbar ist.

Bevor die Arbeiten fortgesetzt werden, holt der Lenkungsausschuss die Meinung der Greyerzer Bevölkerung ein. Er fordert die Bürgerinnen und Bürger auf, folgende Frage zu beantworten:

Sind Sie einverstanden, dass die Gemeinden des Greyerzbezirks die Arbeiten im Hinblick auf eine Einheitsgemeinde im Greyerzerland fortsetzen?

In der konsultativen Volksabstimmung kann die Greyerzer Bevölkerung ihre grundsätzliche Meinung äussern. Sie verpflichtet sich jedoch nicht zu einem konkreten Projekt.



Zeitplan der Arbeiten

Die Machbarkeitsstudie wurde mit Unterstützung der Firma BDO durchgeführt. Die Finanzanalyse wurde vom Amt für Gemeinden (GemA) des Staates Freiburg erstellt. Die mit der operativen Umsetzung beauftragte ARG legte die Ergebnisse ihrer Arbeit im Juni 2023 den Mitgliedern der Gemeindeexekutiven vor. Die Gemeinderäte wurden aufgefordert, auf der Grundlage der Machbarkeitsstudie über die Fortsetzung der Arbeiten zu entscheiden.

14 Gemeinderäte antworteten mit JA:
Bas-Intyamon, Broc, Grandvillard, Gruyères, Haut-Intyamon, Jaun, La Roche, Le Pâquier, Marsens, Morlon, Riaz, Sâles, Sorens und Val-de-Charmey.

10 Gemeinderäte antworteten mit NEIN:
Botterens, Châtel-Sur-Montsalvens, Corbières, Crésuz, Echarlens, Hauteville, Pont-en-Ogoz, Pont-la-Ville, Vaulruz und Vuadens.

1 Gemeinderat enthielt sich der Stimme:
Bulle

Der Lenkungsausschuss ist der Ansicht, dass die Machbarkeitsstudie nicht vollkommen zufriedenstellend ist. Im Falle einer Fortsetzung der Arbeiten ist er einstimmig der Meinung, dass verschiedene Punkte zu überarbeiten sind. Aus diesem Grund möchte er der Bevölkerung in der Abstimmung vom 9. Juni 2024 eine allgemeine Frage stellen.



Das Projekt der Einheitsgemeinde

Mit einer Bevölkerung von rund 60'000 Personen ist das Greyerzerland eine der dynamischsten Regionen der Schweiz. Die Einheitsgemeinde ermöglicht eine Raumplanung unter Berücksichtigung der gesellschaftlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Realität, die über die Gemeindegrenzen hinausreicht. Sie erlaubt, die komplexesten und kostspieligsten Aufgaben gemeinsam zu tragen, der gesamten Bevölkerung die gleichen Leistungen anzubieten und dezentralisierte, bürgernahe Dienstleistungen sicherzustellen.

Das Freiburger Gesetz ermöglicht es, aus den aktuell 25 Gemeinden eine Einheitsgemeinde zu schaffen. Dazu bräuchte es eine Übergangsregelung, welche die Vertretung der verschiedenen Gebiete in der neuen Struktur sicherstellt. Die Machbarkeitsstudie schlägt die Schaffung von sieben Regionen vor, die basierend auf der zivilrechtlichen Bevölkerung im Gemeinderat und im Generalrat vertreten wären.

Die vom Amt für Gemeinden (GemA) durchgeführte Finanzanalyse aggregierte die Bilanzen der Gemeinden, der Gemeindeverbände und der kommunalen Einrichtungen. Daraus ergeben sich folgende Indikatoren:

- Der Steuerfuss der Einheitsgemeinde würde zwischen 75% und 78% liegen.
- Die Liegenschaftssteuer würde zwischen 1,5 und 2 Promille liegen.
- Die gesamte Investitionskapazität der Einheitsgemeinde könnte zwischen 371 und 460 Millionen Franken betragen.

Der Staat würde eine Anschubfinanzierung von 34 Millionen Franken zahlen.

Die Einheitsgemeinde

Risiken und Chancen

Risiken

- **Identität**

Das Projekt der Einheitsgemeinde kann bei der Bevölkerung ein Gefühl des Identitätsverlusts auslösen, insbesondere bei der deutschsprachigen Minderheit in Jaun.
- **Nähe**

Die Gemeinde ist das Fundament des föderalistischen Systems. Die Nähe zwischen der Bevölkerung und den politischen Gemeindebehörden würde in Frage gestellt, insbesondere in kleinen Gemeinden.
- **Politisches Personal**

Mit einer Einheitsgemeinde gäbe es weniger gewählte Amtsträger/ Amtsträgerinnen, die Gebiet und Bevölkerung kennen. Ihr Engagement müsste sicher mit professionellem Personal aufgefangen werden. Die Organe der Einheitsgemeinde wären politisch, während einige Greyerzer Gemeinden heute unpolitisch sind.
- **Finanzen**

Die 25 Greyerzer Gemeinden sind finanziell gesund. Es gibt jedoch grosse Unterschiede bei den Steuerfüssen und -sätzen der einzelnen Gemeinden.
- Für einige Gemeinden würde der Übergang zum Modell der Einheitsgemeinde eine Erhöhung der Steuerkoeffizienten und/oder Steuersätze bedeuten.
- **Zentralisierung**

Eine Einheitsgemeinde bringt die Zusammenlegung von Aufgaben mit sich; das gilt vor allem für die komplexesten. Das kann zu einer Zentralisierung von Leistungen, Investitionen oder Regulierungen führen. Davon könnten Bulle und andere Gemeinden der Agglomeration auf Kosten der Randregionen profitieren.
- **Betriebskosten**

Die Einheitsgemeinde würde in einigen Bereichen Einsparungen dank Grössenvorteilen bringen. Allerdings wäre der Personalbedarf grösser, um im gesamten Gebiet die gleichen Leistungen zu gewährleisten. Letztendlich könnte der Betrieb genauso kostspielig sein.
- **Gesellschaft und Wirtschaft**

Lokale Vereine und KMU bilden die Grundlage des gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Lebens. Mit der Einheitsgemeinde besteht die Gefahr, dass die Behörden zu weit von den lokalen Vereinen und den KMU entfernt sind.

Chancen

- **Identität**
Mit einer Bevölkerung von 60'000 Personen wäre La Gruyère die grösste Gemeinde des Kantons Freiburg. Dadurch hätte sie mehr Einfluss auf die kantonalen und eidgenössischen Behörden. Die Einheitsgemeinde würde zum Respekt der deutschsprachigen Minderheit eine pragmatische Zweisprachigkeit pflegen.
- **Leistungsgerechtigkeit**
Derzeit können die Greyerzerinnen und Greyerzer je nach Wohnort nicht die gleichen Leistungen in Anspruch nehmen. Die Einheitsgemeinde könnte zu Leistungsgerechtigkeit führen.
- **Qualität der Infrastruktur**
Jede Gemeinde ist für Infrastrukturen wie Strassen oder Wasserversorgung verantwortlich. Die Einheitsgemeinde würde langfristig die gleiche Infrastrukturqualität in der ganzen Region gewährleisten, was derzeit nicht der Fall ist.
- **Autonomie**
Die Einheitsgemeinde würde die Tätigkeiten der Gemeindeverbände übernehmen. Sie hätte wieder die Kontrolle über die anfallenden Ausgaben, sowohl in Bezug auf den Betrieb als auch auf die Investitionen. Die Bevölkerung könnte das Gemeindefreferendum ergreifen, um sich zu grossen Ausgaben zu äussern.
- **Einsparungen durch Grössenvorteile**
Die Einheitsgemeinde könnte von Grössenvorteilen profitieren. So könnte beispielsweise ein einziger Vertrag mit einem IT-Dienstleister abgeschlossen werden, anstatt wie bisher 25 Verträge. Mit diesen Einsparungen könnten flächendeckende Dienstleistungen durch lokales Gemeindepersonal finanziert werden.
- **Professionalität**
Heute verfügen die kleinen Gemeinden über keinen technischen Dienst. Die 25 Gemeinden sind mit einer zunehmenden rechtlichen und technischen Komplexität konfrontiert. Die Einheitsgemeinde könnte die Dienste professionalisieren.
- **Finanzen**
Die Randregionen könnten dank der Einheitsgemeinde in vollem Umfang von den finanziellen Einkünften der stärker entwickelten Zonen profitieren. Die Ansiedlung eines Unternehmens auf dem Gebiet der Einheitsgemeinde käme allen Steuerzahlenden zugute; die Folgen des Wegzugs eines Unternehmens oder eines Steuerzahlers würden von der gesamten Bevölkerung gemeinsam getragen.